

Ursula von der Leyen der CDU angehört – und nicht etwa den Grünen... Wir sind überzeugt davon, dass ideologiegetriebene Verbote keinen Fortschritt bringen können und das vertritt auch entsprechend unsere Spitzenkandidatin zur Europawahl, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

? Die Ampel hat das Bürokratieentlastungsgesetz IV auf den Weg gebracht. Es soll die Wirtschaft in Höhe von rund 944 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Gemessen am Gesamtvolumen des Bundeshaushaltes ist dies doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wo bleibt der große Wurf, um den bürokratischen Aufwand zu verringern und damit mehr unternehmerischen Freiraum zu schaffen?

„Das ist doch Irrsinn“

Bijan Djir-Sarai: Zwei Punkte sind wichtig: Erstens, die FDP kann in der aktuellen Regierung gar nicht schnell Bürokratie abbauen, wie uns durch die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen nachgekippt wird. Beispiel: Unser FDP-Bundesjustizminister Marco Buschmann baut rund eine Milliarde Bürokratiekosten mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV ab – währenddessen kommen neue Auflagen aus der EU mit rund 1,4 Milliarden Belastung. Das ist doch Irrsinn!

Und zweitens: Wir sehen auch den immensen Handlungsbedarf, der weiterhin auf nationaler Ebene vorherrscht – deswegen wollen wir ein „Jahresbürokratieabbaugesetz“: Jedes Jahr soll es ein Gesetz zum konsequenten Bürokratieabbau geben – analog zum vielleicht bekannten Jahressteuergesetz. Natürlich ist es erstmal ungewöhnlich, dass man ein Gesetz – also Bürokratie – für den Abbau desselben braucht. Aber manchmal muss man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

? Ihren Worten nach sind die Rahmenbedingungen in Deutschland, international betrachtet, ein Wettbewerbsnachteil. Deutschland sei ein Hochsteuerland, verglichen mit anderen erfolgreichen Wirtschaftsnationen. Wäre es da nicht ein erster Schritt, den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen, zumal dies durch den Bund allein geregelt werden könnte?

Bijan Djir-Sarai: Absolut! Aber wir sollten noch viel mehr tun. Das ist nicht der einzige steuerpolitische Vorschlag, den die FDP hat. Neben der kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags müssen wir an die zu hohen Energiepreise ran, brauchen Steuerreformen zur Abschaffung der Kalten Progression, sollten Abschreibungen verbessern und bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapital schaffen. Das sind nur einige wenige Punkte, aber sie wären wichtig. Im Allgemeinen ist auch der Blick auf die Unternehmensteuer wichtig: Diese müsste auf maximal 25 Prozent runter, damit wir wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

? Ihre Partei hat deutlich gemacht, dass Deutschland bei den Themen Steuerung, Kontrolle und Begrenzung irregulärer Migration in Deutschland besser werden muss. Wie wollen Sie diese Forderung durchsetzen? Allein der Streit um die flächendeckende Einführung der Bezahlkarte hat doch gezeigt, dass mit den Bündnisgrünen eine realistische Migrationspolitik so gut wie ausgeschlossen ist.



Bohren dicker Bretter

Bijan Djir-Sarai: Ich betone immer wieder: Die Migrationspolitik in Deutschland muss letztlich im Einklang mit der Realität stehen. Das ist oft ein Bohren richtig dicker Bretter! Sie haben die Bezahlkarte selbst angesprochen, die immens wichtig ist, um Pull-Faktoren zu minimieren. Hier hat sich der ausdauernde Einsatz der FDP gelohnt. Wir werden auch nicht müde, weitere wichtige Weichenstellungen für mehr Kontrolle und Steuerung der Migration vorzunehmen.

Wir müssen einen Leitsatz beherzigen: Deutschland ist natürlich ein weltoffenes Land, aber es darf dabei seine eigenen Interessen nicht vergessen. Übersetzt in die Realpolitik heißt das ganz konkret, dass wir weniger irreguläre Migration in unsere Sozialsysteme wollen, dafür aber mehr Migration in unseren Arbeitsmarkt. Erfolgreiche Einwanderungsländer wie Kanada, Neuseeland oder auch Australien machen uns vor, wie das geht. Daran müssen wir uns als Deutschland und EU orientieren.

Dazu gehört mindestens ein konsequenterer Schutz der EU-Außengrenzen und in Deutschland selbst mehr Engagement, dass illegal eingereiste Personen ohne Aufenthaltstitel auch abgeschoben werden.

Ganz ehrlich: Unseren Kommunen können wir doch bei der aktuellen Überlastung nicht erklären, warum es da nicht schneller vorangeht. Da sind neben dem Bund aber vor allem auch die Länder gefragt – schließlich sind diese bei Rückführungen in der Verantwortung. ▶